Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/48

10. 03. 87

Antrag

der Fraktion der SPD

Beseitigung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung soll im westlichen Bündnis darauf drängen, daß auf der Grundlage der seit langem bekannten westlichen Vorschläge und der nun vorliegenden sowjetischen Zustimmung eine Null-Lösung über nukleare Mittelstreckenraketen in Europa vereinbart wird.

Bonn, den 10. März 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Der von Gorbatschow am 28. Februar unterbreitete Vorschlag, daß die USA und die UdSSR ihre Mittelstreckenraketen in Europa vollständig beseitigen und die Zahl der Sprengköpfe auf den außerhalb Europas verbleibenden Mittelstreckenraketen auf jeweils 100 begrenzen, entspricht alten westlichen Vorstellungen und einer Vereinbarung, die beim sowjetisch-amerikanischen Gipfel in Reykjavik erreicht worden ist.

Die Sowjetunion gibt zugleich die Zusage, die in der DDR und in der CSSR als Gegenmaßnahme auf die Aufstellung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern stationierten operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite zurückzuziehen. Sie erklärt sich außerdem bereit, über die Frage nuklearer Kurzstreckenraketen sofort in Verhandlungen einzutreten. Damit wird dringenden Forderungen des Westens entsprochen.

Die Sowjetunion hat durch Marschall Achromejew am 2. März mitgeteilt, daß sie die wirksamste Verifizierung einschließlich Inspektionen an Ort und Stelle durch beide Seiten wünsche. Auf dieser Grundlage und auf der Grundlage der in Reykjavik bereits prinzipiell getroffenen Absprachen muß eine Lösung des Verifikations-Problems möglich sein.

Über die Idee einer Null-Lösung ist auch im westlichen Bündnis lange diskutiert worden. Die Bundesregierung hat sich diesen Vorschlag – nicht ohne auf Widerspruch zu stoßen – schon unter Bundeskanzler Schmidt zu eigen gemacht. Auch die neue Bun-

desregierung vertritt diese Position. So sprach Bundeskanzler Dr. Kohl am 13. Januar 1987 vor der Bundespressekonferenz von der Erwartung, daß ein Abkommen über die Null-Lösung in Europa getroffen werde. In gleichem Sinne äußerte sich Bundesaußenminister Genscher vor dem Deutschen Bundestag am 10. Dezember 1986. Beide haben auch in den letzten Tagen wiederholt unterstrichen, daß sie zu dieser Position der Bundesregierung stehen.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß ein Abkommen über die Beseitigung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa den Weg zu weiteren Abrüstungsvereinbarungen freimachen und damit eine neue Phase umfassender Ost/West-Zusammenarbeit eröffnen würde. Dies entspricht einem überragenden deutschen Interesse.

Die Bundesregierung ist aufgerufen, unzweideutig zu ihrem Wort zu stehen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333